



SPD-Fraktionschef Schmidt
„Ich bin dagegen“

daß die SPD in der Öffentlichkeit nun als schlechter Verlierer erscheine.

Ein SPD-Minister über seinen Kollegen Schiller: „Das ist doch eine politische Jungfrau, die sich nun überall beklagt, sie sei unzüchtig angefaßt worden.“

Mangelnde Absprache mit der sozialdemokratischen Spitzencrew in wichtigen politischen Entscheidungen wird auch dem Parteichef Willy Brandt angelastet.

So konnte es geschehen, daß Helmut Schmidt erklärte, an Kambodscha dürfe die Große Koalition nicht scheitern, und dennoch der Außenminister wenig später eine Kabinettsfrage daraus machte, daß die Beziehungen zum DDR-Anerkennung Kambodscha nicht abgebrochen werden sollten.

Selbst in Gegenwart der Koalitionspartner CDU/CSU hackten die Genossen aufeinander ein. Bei der Kabinettsberatung über einen NPD-Verbotsantrag plädierten Brandt und Justizminister Horst Ehmke dafür, die Rechtsradikalen härter anzupacken als die Linksradikalen, während die Minister Herbert Wehner und Georg Leber für eine Gleichbehandlung der Extremisten stritten.

Und als vorletzte Woche Ehmke im Kreisbronner Kreis den Es-Pe-De-Trommler Günter Graß gegen CDU-Vorwürfe mit dem Hinweis in Schutz nehmen wollte, ein von den Christdemokraten beanstandetes Graß-Zitat stimme gar nicht, fuhr Herbert Wehner hoch: „Es stimmt doch. Und wer muß es ausbaden? Ich, ich, ich!“

Damit der einst unbestrittene Chef-Ideologe der SPD nach einer eventuellen Wahlniederlage nicht alles allein ausbaden muß, legt er heute schon Wert auf Distanz zur Baracke, dem vom Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski geleiteten Parteiapparat. Allzu häufiger Wehnerspruch seit Wochen: „Ich werde ja nicht mehr gefragt.“

* Vor dem Bundeswehrrverband in Bad Godesberg am letzten Mittwoch.

Ebenso wie Wehner verfolgt auch Helmut Schmidt mit Vorbehalt das Wirken des ehemaligen Entwicklungshilfeministers, dem es trotz Unterstützung durch Brandt nicht gelungen ist, das Vertrauen altgedienter Funktionäre zu gewinnen. Offen mokierten sich die Baracken-Genossen (Parteijargon: „Kanalarbeiter“) darüber, daß Wischniewskis wissenschaftliche Mitarbeiter Dr. Werner Müller und Dr. Dieter Just jeden von ihnen mit „Herr“ anreden. Auch hat Wischniewski lange Zeit mehr Eigenpropaganda als zielstrebige Parteiwerbung betrieben.

Zu den in Bonn arbeitenden sozialdemokratischen Journalisten hat Wischniewski kaum Kontakt finden können. Anders als Wehner, der zur Zeit seiner eigenen Vorherrschaft in der Baracke jeden Monat beim „Morgengebet“ den Journalisten Hintergrundinformationen geben und Zusammenhänge erläutern hatte, bescheidet sich der Geschäftsführer im wesentlichen mit der Bekanntgabe von Terminen und Reiseplänen.

Willy Brandt will deshalb im beginnenden Wahlkampf die Zügel der Partei selber in die Hand nehmen:

- ▷ Morgens will er von Bonn aus die Partei regieren und Außenpolitik machen,
- ▷ nachmittags zum Wahlkampf aufbrechen und
- ▷ nachts mit dem Schlafwagen wieder in die provisorische Bundeshauptstadt zurückkehren.

Die zunehmende Nervosität in der SPD-Spitze ist nach den letzten Wählerumfragen unbegründet. Laut einer Anfang Juni vorgelegten Allensbach-Erhebung sprachen sich von den bereits entschiedenen Wählern 46 Prozent für die SPD und 44 Prozent für die CDU/CSU aus.

Freilich — 32 Prozent der Befragten, mehr als je zuvor in den letzten sechs Monaten, waren noch unentschieden. Sie können die Wahl entscheiden.

CDU/CSU

Schule der Nation

Bonns Parteichristen wollen den Teufel mit Beelzebub austreiben.

Auf den Bösen wies Bundeskanzler und CDU-Vorsitzender Kiesinger hin: „Zöge die NPD nach den Wahlen in den Bundestag ein, würde dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Welt großer Schaden zugefügt.“

Diesen Schaden will die CDU/CSU abwenden und dabei ihren eigenen Nutzen mehren. Erklärtes Ziel christdemokratischer Wahltaktik ist es, durch den Selbst-Ruck nach rechts der verteufelten NPD die rechtsextreme Gemeinde abzugeben.

CSU-Führer Strauß: „Wir versuchen, diejenigen Wähler der NPD zu gewinnen, die aus wirtschaftlicher Verärgerung oder politischer Unentschlossenheit den Nationaldemokraten ihre Stimmen gegeben haben.“

Parteifreund Heck, Wahlmanager der CDU, gibt dies gar als Dienst am Vaterland aus: „Es wird eine wichtige und im Interesse der Demokratie legitime Aufgabe der Unionsparteien sein, weite Kreise der Wählerschaft, die zum rechten Flügel hin labil sind, zu binden.“

Der Zweck soll die Mittel heiligen. Für das parteiintern markierte Ziel, den Nationaldemokraten rund zwei Prozent Sympathisanten abzuwerben, verwischen CDU und CSU die Abgrenzung zur NPD — ohne auf den Eindruck im Ausland zu achten, den sie sonst in dieser Frage so beflissen registrieren.

Offen bekannte bereits Niedersachsen Josef Stecker, Mitglied des Bonner CDU/CSU-Fraktionsvorstands: „Was die (in der NPD) an nationalen Anliegen und konservativem Gedanken-



Wehr-Redner Kiesinger*: „Donnerwetter, das ist ein Kerl!“

gut haben, das praktizieren wir ja täglich.“

Bisheriger Höhepunkt der Praxis: Ganz im Jargon der Thadden-Partei tat Bundeskanzler Kiesinger letzten Mittwoch in einer Rede vor dem Bundeswehrverband die demokratische Bundeswehr-Ideologie der „Inneren Führung“ und das Leitbild des „Bürgers in Uniform“ als „alte Klischees“ ab und polierte statt dessen das noch ältere militaristische Klischee auf, die Armee müsse die „Schule der Nation“ werden.

Nach Kiesingers Leitbild sollen die Bundeswehr-Vorgesetzten sich so „darstellen, daß der Soldat sagt: Donnerwetter, das ist ein Kerl“.

Mit diesen Formulierungen, die selbst die CDU-fromme „Rheinische Post — Zeitung für Politik und christliche Kultur“ erregten („Sollen die... rechtsradikalen Tendenzen mit Schlagworten und in einem Wahljahr abgefangen werden?“), segnete Kiesinger als Vorsitzender der CDU einen Kurs ein, den andere Unionspolitiker schon längst gesteuert hatten.

Bereits seit Wochen verketzerte der „Bayernkurier“, Hauspostille der CSU, im Gleichklang mit dem Extremistenblatt „Deutsche National-Zeitung“ die entspannungsbereite Ost-Politik des SPD-Außenministers Willy Brandt:

▷ „nahezu kriecherische Formulierungen in ostpolitischen Verlautbarungen“ („Bayernkurier“);

▷ „windelweicher Kurs der Bonner Ostpolitik“ („Deutsche National-Zeitung“).

Der erboste SPD-Chef sprach schließlich von der „Mini-Ausgabe einer neuen Harzburger Front“.

Unverfroren beschuldigte daraufhin der christdemokratische Fraktionsdirigent Barzel die Sozialdemokraten, „unter der Gürtellinie“ zu schießen.

Die CDU indes scheut beim Buhlen um Rechts-Sektierer nicht davor zurück, sich bei NPD-Anhängern auf Kosten der demokratischen SPD schadloos zu halten. Ein Handbuch der CDU-Bundesgeschäftsstelle, in 10 000 Exemplaren als „Kleiner Leitfaden für den Umgang mit der NPD“ an Parteifunktionäre verteilt, enthält die Selbst-Charakteristik: „Die CDU ist in der günstigen Lage, energisch gegen die NPD aufzutreten, da der von der NPD oft gebrauchte Vorwurf gegen die ‚System-Parteien, die schon in der Weimarer Zeit versagten‘, bei ihr nicht zieht.“

Entsprechend empfiehlt die Schrift als Gegenargument auf die NPD-Behauptung, wie in der Weimarer Republik herrsche auch in der Bundesrepublik das Parteibuch-Beamtentum, die Erwiderung: „Dieser Vorwurf betrifft mehr die SPD.“

Den rechtsradikalen Vorwurf, gegen Verbrecher werde zu lasch vorgegangen, sollen die CDU-Wahlkämpfer mit dem Argument kontern: „Im übrigen ist die für die Rechtspflege in der Bundesrepublik zuständige Behörde, das

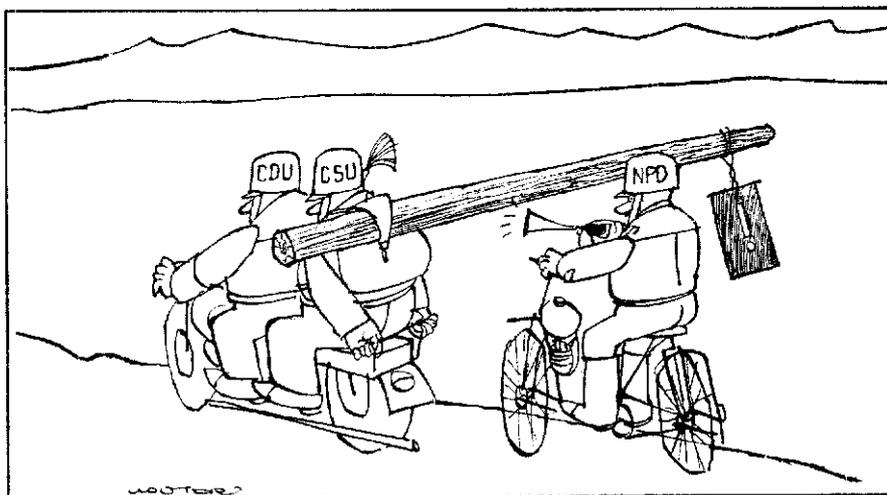
Justizministerium, bisher überwiegend von der FDP und der SPD verwaltet worden.“

Generelle CDU-Anleitung für den Umgang mit der NPD: „Jeder Eindruck der Unhöflichkeit muß vermieden werden“, und „falsch ist die allgemeine Verketzerung der NPD-Anhänger als Neonazis“.

Für das Wahlziel, mit Hilfe rechter Flügelmänner die absolute Mehrheit zu erringen, ließen die CDU-Minister in Bonn längst praktische Regierungsvernunft fahren. Der christlich-demokratische Parteienrat rangiert mehr und mehr vor dem allgemeinen Wohl von Volk und Staat. Kanzler Kiesinger bekannte intern, warum er die wirtschaftspolitisch notwendige Aufwertung verworfen habe: Er habe verhindern müssen, daß die Bauern, deren Produkte dann schwerer abzusetzen

▷ Bei der Bundespräsidentenwahl am 5. März in Berlin duideten die Christdemokraten eine Abstimmungs-Koalition mit den Nationaldemokraten, um — allerdings vergeblich — ihren Präsidentschaftskandidaten Schröder gegen den sozialdemokratischen Bewerber Heinemann durchzubringen.

▷ Niedersächsische Christdemokraten machten bereits im vergangenen Jahr offen gemeinsame Sache mit der NPD: Bei den Kommunalwahlen schlossen mehrere CDU-Ortsverbände Listenverbindungen mit der braunen Thadden-Mannschaft. Später angestrengte Parteiverfahren endeten mit einem Freispruch der Christdemokraten. Zwar kündigte die Bonner CDU daraufhin an, sie werde die Rechtsabweicher vor ein Bundesschiedsgericht stel-



Rechts überholen verboten!

Vorwärts

gewesen wären, zur NPD überliefen. Kiesinger: „Das war für mich der ausschlaggebende politische Gesichtspunkt.“

Dem erwarteten sozialdemokratischen Entrüstungsturm über diese Praxis baute CDU-Verweser Heck mit scheinheiligem Lob für die SPD vor. Er konstruierte eine Parallele zwischen dem jetzigen Verhalten seiner Partei und der angeblichen Rolle der SPD in den ersten Jahren der Bundesrepublik. Heck: „Die SPD hatte... die Aufgabe, die oppositionellen Kräfte in unserem Land, besonders aber die linken Extreme, zu binden und sie so an der Zerstörung der jungen Demokratie zu hindern. Daß den Sozialdemokraten dies gelungen ist, gehört zu ihren ganz großen Leistungen.“

Daß der Rechtskurs der CDU/CSU weitreichende politische Folgen in Bonn haben könne, wollte Heck nicht wahrhaben: „Eine Koalition mit der NPD ist nicht diskutabel. Es ist ein raffinierter Trick, die CDU in die Nähe der NPD zu bringen.“

Indes: Der Trick wurde nicht vom sozialdemokratischen Wahlgegner erfunden; er stammt aus der Kiste der CDU:

len, jedoch blieb es bei der Ankündigung.

In geschulter Partei-Sophistik suchte CDU-Sprecher Dr. med. Arthur Rathke jetzt sogar sozialdemokratisches Interesse an einem NPD-Erfolg zu suggerieren: „Ich gehe nicht so weit, zu sagen, daß es in der SPD-Spitze Schlaumeier gibt, die vom Einzug der NPD in den Bundestag eine Verhinderung der absoluten Mehrheit der CDU/CSU erwarten.“

Ende letzter Woche schloß CDU-Chef Kiesinger den Teufels-Kreis der Rechts-Strategen. Um die Wähler erst einmal in das Lager zu treiben, aus dem eine opferwillige Christenunion sie retten will, malte er in düsteren Farben das Bild linken Aufstands. Kiesinger: „Wir müssen lernen, dieser Bürgerkriegssituation richtig zu begegnen.“

Im eigenen Parteivolk stiftete die von der CDU geübte Wahl-Verwandtschaft bereits Verwirrung. CDU-Kämpfer Franz-Lorenz von Thadden aus dem Saarland, ein Neffe des NPD-Führers Adolf von Thadden, erntete nach einer Propaganda-Rede den Zuruf: „Was Sie hier gesagt haben, sagt ja auch die CDU. Warum gründen Sie denn dann eine neue Partei?“